

Macht und Ohnmacht der Parlamente

10. Passauer Symposion zum Parlamentarismus

Bearbeitet von
Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter

1. Auflage 2013. Buch. 249 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8329 7294 3
Gewicht: 380 g

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht > Staatsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



Heinrich Oberreuter [Hrsg.]

Macht und Ohnmacht der Parlamente



Nomos

Heinrich Oberreuter [Hrsg.]

Macht und Ohnmacht der Parlamente



Nomos

© Titelbild: istockphoto.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7294-3

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
<i>Heinrich Oberreuter</i>	
Parlament und Partizipation in der Massendemokratie	11
<i>Norbert Lammert</i>	
Marginalisierung der Parlamente?	21
<i>Heinrich Oberreuter</i>	
Konstruktion und Dekonstruktion von Parlamentsmacht	33
<i>Werner J. Patzelt</i>	
Abgeordnete: Repräsentanten oder Rädchen im Getriebe?	59
<i>Suzanne S. Schüttemeyer</i>	
Entparlamentarisierung und Selbstverantwortung der Parlamente. Ein Plädoyer für die Wahrung des demokratisch-parlamentarischen Systems	79
<i>Hans-Jürgen Papier</i>	
»Angst vor dem Freunde« oder ein »Problem der knappen Legitimation«? Bundesverfassungsgericht und Bundestag	95
<i>Uwe Kranenpohl</i>	
Westminster oder die Kunst des Überlebens. Der britische Parlamentarismus verweigert sich den Niedergangsthesen	115
<i>Roland Sturm</i>	
Die USA: Zwischen Durchregieren und Systemblockade	131
<i>Josef Braml</i>	

Das französische Parlament: vom »rationalisierten Parlamentarismus« zum »neuen Parlament«?	155
<i>Adolf Kimmel</i>	
Wandel oder Wiederkehr des Gleichen? Der italienische Parlama- ntarismus in Turbulenzen	177
<i>Stefan Köppl</i>	
Positionsgewinne? Machtprozesse in den Transformationsstaaten Ost- und Mitteleuropas	195
<i>Ellen Bos</i>	
Macht und Leistungsfähigkeit: Gibt es ein ideales Parlament? Eine vergleichende Perspektive	221
<i>Martin Sebaldt</i>	

Vorwort

Kein anderer Akteur außer dem Parlament besitzt in der Regel (außer in präsidentiellen oder semipräsidentiellen Systemen) die verfassungsrechtliche Kompetenz, verbindliche politische Entscheidungen zu legitimieren. Darüber hinaus verlangt das Verfassungsgericht in Deutschland, alles, was wesentlich ist, der Regelung durch den Gesetzgeber zu unterwerfen. Nicht nur der Bundestag hat seit Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen unternommen, seine Expertise zu stärken, um substantiell konkurrierenden Akteuren Paroli bieten zu können. Von Perioden der Kriegsverwaltungswirtschaft über die stetig wachsende Entfaltung des aktiven Staats und der an ihn gerichteten Leistungserwartungen bis zur Komplexität der modernen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und nicht zuletzt durch die Integration (unter Delegation von Souveränitätsrechten) in einen Staatenverbund mit 27 und eine Währungsunion mit 17 Mitgliedern unterschiedlichster Interessen, hat die Macht der Exekutive seit dem 20. Jahrhundert erheblich zugenommen – auf Kosten des Parlaments, trotz dessen grundsätzlichen Willens zur Selbstbehauptung, die in allen parlamentarischen Demokratien sichtbar wird.

Die Geschichte des Parlamentarismus ist eine Geschichte seiner Herausforderungen. Aktuell entfalten sich diese keineswegs in Deutschland allein, blickt man nur auf grundsätzlich stabile Demokratien. Selbst Capitol Hill verlor jüngst an Identität, Macht und Wille zur Kontrolle – ja sogar an Respekt seitens der Exekutive. Das Unterhaus kämpft um seine Kommunikations- und Kontrollkompetenz. Ob Frankreichs „rationalisierter“ Parlamentarismus sich tatsächlich zu emanzipieren versteht, bleibt noch offen. In Italien schließlich gehört das Regieren mit Notstandsdekreten seit Jahrzehnten zum Normalfall, weil die Camera dei Deputati wenig zur Stabilität beiträgt.

Macht sich eine Art Notstandsmentalität, nicht zuletzt begründet durch die Eurokrise, inzwischen auch in Deutschland breit? Vorgebliche Erfordernisse von Eilbedürftigkeit und Diskretion – durch die realen Entscheidungsabläufe vielfach und regelmäßig widerlegt – offenbaren exekutive Interessen, das Parlament zu depossedieren. Diesen Tendenzen hat das Bundesverfassungsgericht in mittlerweile vier Entscheidungen 2011 und 2012 entschieden Grenzen gesetzt.

Natürlich gibt es das ideale Parlament nicht. Auch sind Gesellschaft und Parteien hohem Wandlungsdruck ausgesetzt, der nicht ohne Folgen für parlamentarische Repräsentation bleiben kann. Sie wird sich ebenso fortentwickeln wie immer. Schon Walter Bagehot hat zu seiner Zeit solchen Wandel konstatiert. Aber Fortentwicklung darf keine Wegentwicklung von der Substanz demokratischer Legitimationsprozesse sein.

Diesem Problemhorizont widmete sich das 10. Passauer Parlamentarismus-symposium vom 31. März bis zum 01. April 2011, dessen bearbeitete Beiträge

hier versammelt sind. Zu danken ist zuvörderst den Autoren, ebenso der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, der Akademie für Politische Bildung Tutzing sowie der Universität Passau, die traditionsgemäß diese Veranstaltung tragen, sowie Sophie Haring und Bernhard Schreyer die sich kompetent um die technische Gestaltung des Manuskripts gekümmert haben.

Gewidmet ist dieser Band dem Gedenken des langjährigen und unnachahmlich rührigen Geschäftsführers der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen Gunter Gabrysch. Er hat intensiv darauf gedrängt, diese erfolgreiche und durch Orgelmusik im Hohen Dom und dieses Mal zusätzlich durch eine Lesung Reiner Kunzes atmosphärisch besondere Veranstaltung noch einmal erleben zu dürfen. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen.

Passau, im Herbst 2012

Heinrich Oberreuter

Parlament und Partizipation in der Massendemokratie*

Norbert Lammert

Der Journalismus setzt zwar selten etwas in die Welt, aber er verändert das Bild von der Welt. Insofern muss man sich fragen, was wir dazu beigetragen haben, dass Politik und Volk sich in diesem Jahr noch weiter entfremdet haben, dass es ein Jahr voller Wut war, an dessen Ende man das Gefühl hat: Der Boden, auf dem diese Demokratie steht, ist wieder etwas schlüpfriger geworden (*Bernd Ulrich, »Die Zeit«*).

Der Hinweis auf die Ergänzung und Relativierung der drei klassischen politischen Gewalten Legislative, Exekutive und Jurisdiktion durch Wirtschaft, Wissenschaft und Medien als der vierten, fünften und sechsten Gewalt ist längst nicht mehr neu, aber zweifellos richtig. Politik kann ohne Vermittlung der Medien schlicht nicht stattfinden. Medien lassen sich auch ohne Politik verkaufen – und immer mehr Medien führen täglich diesen Nachweis.

»Die Massendemokratie bedarf der Massenmedien. Öffentlichkeit ist nicht mehr direkt herstellbar, sondern hängt von der Vermittlung der Medien ab. Diese sind längst zum Vollstrecker des Prinzips parlamentarischer Öffentlichkeit geworden. Parlamentarische Kommunikationsangebote verfangen sich oft im Netz journalistischer Selektions- und Interpretationsmuster und erreichen ihre Adressaten nicht. Was aber nicht in den Medien ist, wird nicht Teil der Alltagswirklichkeit des Publikums. Insofern ist auch über die Repräsentationsfunktion des modernen Parlamentarismus nachzudenken«¹, so Heinrich Oberreuter, ein langjähriger kritischer und konstruktiver wissenschaftlicher Begleiter des deutschen Parlamentarismus. Und er führt fort: »Die Auswahlkriterien der Medien gehorchen ihrer eigenen Logik, nicht der Logik politischer Bedeutsamkeit. Sie orientieren sich an Marktgesetzen und Aufmerksamkeitsregeln. Wer Aufmerksamkeit finden will, muss sich diesen Regeln beugen – auch die Politik. War ehemals die Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen Sensation genug, muss heute Sensationelles im Parlament geschehen, damit es öffentlich wird. Die Politik selbst hat es mittlerweile gelernt, sich den Inszenierungsregeln speziell der elektronischen

* Dieser Beitrag ist als gekürzte Fassung des Vortrages, den der Bundestagspräsident beim 10. Passauer Symposium zum Parlamentarismus am 31. März 2011 gehalten hat, zuerst erschienen in: *Die Politische Meinung*, 56. Jahrgang, Nr. 498, Mai 2011, S. 7 – 13.

1 Dies und das Folgende aus *Heinrich Oberreuter, Parlamentarismus – eine Bilanz*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): *Normen, Stile, Institutionen. Zur Geschichte der Bundesrepublik*, München 2000, S. 147 – 158.

Medien anzupassen und sich ihrer zu bedienen. Das mag für Parteitage, Wahlkämpfe und die politische Alltagskommunikation hingenommen werden. Diese Inszenierungskunst macht allerdings vor den Toren des Parlaments halt, wiewohl auch dort zunehmend Verfahrenstechniken und Verfahrensinstrumente genutzt werden, die konfliktorientiert sind und geeignet erscheinen, Aufmerksamkeit an sich zu binden.«

Oberreuter warnt: »Aber gerade wo es um Gesetzgebung und Legitimation geht, lässt sich Entscheidungspolitik nicht gänzlich durch Darstellungspolitik überwölben. Die Logik des Politischen wird nicht vollständig annulliert. Solche Mediatisierungsresistenz entwickelt nicht zuletzt der Parlamentarismus als Institution. Denn der weitaus größte Teil seiner substanziellen Verhandlungs-, Kompromissbildungs- und Entscheidungsprozesse entzieht sich der fernsehgerechten Visualisierung. Er eignet sich auch nicht durchgängig zur Inszenierung.«

»Was ist bloß mit uns los?«, übertitelt Bernd Ulrich, der stellvertretende Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, den oben zitierten hochinteressanten Beitrag Ende vergangenen Jahres, der sich mit den Fehlentwicklungen und Versuchungen des Journalismus auseinandersetzt. Der Autor glaubt, gerade 2010 besonders eindrucksvolle Beispiele für die Versuchungen und Fehlentwicklungen des Journalismus erkannt zu haben. Er stellt dies insbesondere am Beispiel der Sarrazin-Debatte dar, am Beispiel des Umgangs der Medien mit den Missbrauchsfällen an deutschen Schulen, insbesondere an der reformpädagogischen Odenwaldschule, wo er den Medien, die über die Sachverhalte, wie Bernd Ulrich schreibt, seit fünfzehn Jahren informiert waren, politisch begründeten »Unterlassungs-Journalismus« vorwirft. Und nicht zuletzt zieht Ulrich auch den Umgang der Medien mit der Politik heran (siehe Eingangszitat).

Was ist bloß mit uns los? Das ist keine schlechte Frage – selbstverständlich nicht nur für die Medien, sondern genauso für die Politik, auch für die Parlamente. Auch für Regierungen schließe ich nicht völlig aus, dass für diese eine ähnliche Fragestellung zulässig wäre. Wie verstehen wir eigentlich unsere jeweilige Rolle, die zwar jeweils unterschiedlich ist, die aber in einem funktionierenden System eines demokratischen Rechtsstaates und einer parlamentarischen Demokratie nicht völlig unabhängig voneinander gedacht werden kann – weder im Interesse der Funktionsfähigkeit der jeweils einzelnen Institutionen noch im Interesse der Akzeptanz und der Legitimation des politischen Systems im Ganzen.

Siegfried Weischenberg, ein Kommunikationswissenschaftler, der selbst von 1999 bis 2001 Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes war, hat zum Verhältnis von Politik und Journalismus gesagt: »Politik und Journalismus sind Teile eines selbstreferenziellen Systems geworden, das vor allem sich selbst in Gang hält.« Tissy Bruns, eine der langjährigen Parlamentskorrespon-

dentem, hat in ihrem so lesenswerten wie nachdenklichen Buch mit dem Titel »Republik der Wichtigtuer«² – mit dem sie die politische Klasse meint, zu der sowohl Politiker wie Politikjournalisten gehören – geschrieben: »Berlin-Mitte ist zu einer Bühne von Politik und Medien geworden, die von der Lebenswirklichkeit der Bürger weiter entfernt ist als das legendäre Raumschiff Bonn. In Wahrheit sind Politiker und Journalisten Getriebene einer Medienentwicklung, deren Zwänge wie nie zuvor und auf allen Ebenen die Kommunikation und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten bestimmen und durchdringen.« Martin Walser hat in der ihm gelegentlich eigenen Neigung zur Zuspitzung kurz und bündig erklärt: »Die Medien dürfen alles und müssen nichts. Keine Macht ist so illegitim wie die der Medien.«

1. Das Gesicht der Mediengesellschaft

Die Anzahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages beträgt gut 620. Die Zahl der Mitglieder der Bundespressekonferenz in Berlin beträgt 900. Die Zahl der *BILD*-Zeitungsredakteure in Deutschland ist etwa doppelt so hoch wie die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages; beide verstehen sich als Volksvertreter. Die Zahl der in Berlin akkreditierten Journalisten liegt irgendwo zwischen 4000 und 8000. Das sagt etwas über die Relationen aus. Und im Übrigen gehört dies zweifellos zu den auffälligen Veränderungen zwischen den Bonner und den Berliner Verhältnissen. Der deutsche Parlamentarismus hat sich in seinen gewachsenen Strukturen gewissermaßen von Bonn nach Berlin katapultiert, wobei sich die Rahmenbedingungen jedoch signifikant veränderten. Die Anzahl der Lobbyisten wie der Medien hat sich gegenüber den Bonner Verhältnissen explosionsartig vermehrt. Die Lobbyliste des Deutschen Bundestages umfasst aktuell 2160 registrierte Interessenverbände. Rein rechnerisch kommen auf jedes Mitglied des Deutschen Bundestages mehr als drei Interessenverbände, die je nach Selbstverständnis, Organisationskapazität und finanziellen Möglichkeiten Größenordnungen kleiner Ministerien haben und, ohne jeden Zweifel legal, mit geballter Wucht einzelne Interessen vertreten. Ich empfehle einen Blick auf diese Relation, wenn immer wieder behauptet wird, der deutsche Parlamentarismus im Allgemeinen und der Deutsche Bundestag im Besonderen seien längst in einer übertriebenen Weise organisatorisch wie personell üppig ausgestattet. Wenn überhaupt, verfügen die Ressorts mit ihrem Personal- und Organisationsbestand über ein Gegengewicht zum organisierten System der Interessenvertretung – der Deutsche Bundestag jedoch nur in mikroskopischen Größenordnungen.

2 *Tissy Bruns*, Republik der Wichtigtuer. Ein Bericht aus Berlin, Bonn 2007.

II. *Schnelligkeit versus Gründlichkeit*

Eine weitere signifikante Veränderung ist ohne Zweifel die Medienbegleitung. Und das gilt nicht nur für die explosionsartige Vermehrung der Anzahl der Medienvertreter, sondern insbesondere für die Entwicklung, die die Medien in den letzten Jahren genommen haben. Ich behaupte natürlich nicht, dass hier ein Zusammenhang besteht, weder zwischen den jüngeren Entwicklungen des Parlamentarismus im Allgemeinen noch zwischen dem Umzug von Bonn nach Berlin im Besonderen, sondern wenn überhaupt, besteht ein Kausalzusammenhang zwischen der Digitalisierung von Medien und der auch damit begründeten zunehmenden Dominanz der elektronischen Medien gegenüber den Printmedien. Diese begünstigen einen Trend oder machen ihn vielleicht auch unvermeidlich, den ich mit Blick auf die Politik und auf die Politikberichterstattung nicht für eine Errungenschaft, sondern eher für ein Verhängnis halte: den zunehmenden Vorrang von Bildern gegenüber Texten, den zunehmenden Vorrang von Schlagzeilen gegenüber Analysen, den offensichtlichen Vorrang von Zuspitzungen gegenüber Differenzierungen, den unübersehbaren Trend zur Kürze gegenüber der Länge, den geradezu erschreckenden Vorrang von Schnelligkeit gegenüber Gründlichkeit. Und den deprimierend eindeutigen Vorrang der Unterhaltung gegenüber der Information. Ausnahmen von diesem Generaltrend unseres Mediensystems gibt es fast nicht mehr. Selbst die große deutsche Tageszeitung, die nach wie vor von sich behauptet, hinter ihr stecke immer ein kluger Kopf, sah sich schon vor einigen Jahren genötigt, ihr Layout in der Weise grundsätzlich zu verändern, dass die stolze, auf reine Textlieferung bezogene Tradition durch ein dreispaltiges Farbfoto auf der ersten Seite korrigiert werden musste.

Als mich vor einigen Jahren eine der zahlreichen Berliner Journalistenvereinigungen zu ihrem 50-jährigen Bestehen als Gastredner einlud, trug ich dort unter anderem den Befund vor, dass unter den Bedingungen der Digitalisierung und in der Wettbewerbssituation der elektronischen Medien die Schnelligkeit einer Information längst gnadenlosen Vorrang vor der Gründlichkeit der Recherche habe. Ich glaubte dann zur Verdeutlichung dieser Behauptung hinzufügen zu sollen, die früher offensichtlich geltende Regel, dass man eine Information nicht weitergibt, jedenfalls nicht druckt, bevor man nicht mindestens zwei Quellen dafür identifiziert hat, scheine mir längst durch die Praxis abgelöst zu sein, dass eine Quelle reichen müsse. Worauf aus der Tiefe des Raumes von einem der anwesenden Journalisten der Zwischenruf kam: »Soweit es diese Quelle überhaupt gibt.« Das ist nicht ganz so witzig, wie es sich anhört, sondern leider wirklichkeitsnah. Weil es zu den Wettbewerbsbedingungen der Medien gehört, dass – wahrscheinlich ist dies nicht nur Einbildung – die Zeit nicht mehr reicht, einen behaupteten Sachverhalt auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Wir alle kennen aus der jüngeren Vergangenheit eine Reihe von Beispielen dafür, dass ein einmal

behaupteter Sachverhalt insbesondere dann, wenn er einen gewissen Unterhaltungswert hatte, kaskadenartig durch die deutschen Medien gelaufen ist, ohne dass irgendjemand auch nur auf die Idee gekommen wäre zu überprüfen, ob diese behauptete Nachricht außer dem Unterhaltungswert auch einen gesicherten Informationswert habe. Die vergleichsweise besonders banale, aber hübsche Geschichte, dass dem inzwischen ausgeschiedenen Bundesminister der Verteidigung ein zusätzlicher Vorname angedichtet wurde, was alle so schön fanden, dass sie es geschrieben haben, ohne dass irgendjemand mal überprüft hätte, ob das denn wohl auch zuträfe, ist die harmloseste Variante dieses beschriebenen Vorgangs.

Der Anteil der Politikberichterstattung in den Medien geht messbar zurück. In den elektronischen Medien ist dieser Trend wiederum noch ausgeprägter als in den Printmedien. Ein besonders aufschlussreicher Nachweis ist eine Medienanalyse, in der es um den Politikanteil in deutschen Fernsehnachrichten ging. Der höchste Anteil findet sich bei der Tagesschau, er liegt bei 48 Prozent. Alle anderen deutschen Fernsehformate, auch alle anderen öffentlich-rechtlichen, liegen deutlich unter der 50-Prozent-Schwelle. Bei den privaten, mit denen ich mich hier nicht weiter befassen werde, liegt er stabil unter zwanzig Prozent.

III. Opportunität und Unterhaltungswert

Ein weiteres in diesem Zusammenhang wichtiges Stichwort ist die Auswahl dessen, welche Nachrichten für relevant gehalten werden. Ich habe den Eindruck, dass in den Medien die Tendenz zunimmt, selbst ausdrücklich angefragte politische Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt der politischen Opportunität oder des Unterhaltungswertes zu sortieren. Mir sind in allerjüngster Vergangenheit zwei Beispiele vor Augen: Das eine war die kurzfristige Anfrage eines der großen deutschen wöchentlichen Magazine, ob ich im Zusammenhang mit der Diskussion über Griechenlandhilfe und Euro-Rettungsschirm nicht aus der Perspektive des Parlaments in einem Beitrag deutlich machen könnte, ob wir es mit einer Marginalisierung des Parlaments zu tun haben und ob das Parlament auch in solchen nicht vorhersehbaren akuten Situationen überhaupt politisch Einfluss nehmen könne. Da dies als Titelgeschichte für die nächste Woche geplant war, gab es nur die Möglichkeit, entweder von Mittwoch auf Freitagmittag zu liefern oder auf eine solche Binnenperspektive zu verzichten. Ich habe geliefert. Am Freitagnachmittag teilte die Redaktion mir mit, den Beitrag könne sie leider nicht gebrauchen. Auf die Rückfrage nach dem Grund wurde beschieden, er passe nicht zur Diktion des Leitartikels. Ich habe darauf noch gefragt, warum man denn dann meinen Artikel nicht gleich selbst geschrieben habe.

Zweites Beispiel: Ich bin auf dem Höhepunkt der quälenden wochenlangen Diskussionen über die Hartz-IV-Reformen und der fehlenden Einigungsfähigkeit zwischen Bundestag und Bundesrat und der Dauerprozeduren im Vermittlungsausschuss von einer der großen deutschen Tageszeitungen gebeten worden, etwas zu diesem Thema zu schreiben. Der Beitrag wurde wiederum von der Redaktion zurückgegeben, diesmal nicht mit der Begründung, er passe nicht in die Diktion, sondern er sei entschieden zu differenziert. Das interessiere niemanden. Wenn ich das etwas prägnanter formulieren könnte, würde man darüber noch einmal reden.

IV. Parlament und Fernsehen

Nach wie vor ist es in hohem Maße erläuterungsbedürftig, dass – und warum – öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten, die aus steuerähnlichen Gebühren finanziert werden, aus der originären Parlamentsberichterstattung faktisch ausgetreten sind. Dass die deutsche Öffentlichkeit so etwas durchgehen lässt, gehört ebenfalls unter die große Überschrift: »Was ist eigentlich mit uns los?«. Vom langjährigen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, Fritz Pleitgen, der zusammen mit Dieter Stolte damals Phoenix gegründet hat, habe ich die bemerkenswert ehrliche Auskunft bekommen, diesen Sender habe man genau deswegen gegründet, um nach der Einführung des Privatfernsehens den Vormittag und frühen Nachmittag für die seichten Alternativprogramme frei zu räumen, die bis dahin gelegentlich von Live-Übertragungen aus dem Bundestag blockiert gewesen seien. Ob das für ein gebührenfinanziertes Fernsehen eine tragfähige Begründung ist, mögen andere beurteilen, die vielleicht eher als ich für sich beanspruchen können, dabei völlig unbefangen zu sein. Aus dem Parlamentskanal Phoenix ist inzwischen ein Ereigniskanal geworden, bei dem die Programmentscheidungen dann, wenn das behauptete »Ereignis Parlament« mit dem tatsächlichen »Ereignis Königshochzeiten« kollidiert, einschlägige Präferenzen offenbaren – wie das auch beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen insgesamt der Fall ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Fernsehprogramme haben bei dieser Art von gesellschaftlichen Ereignissen kein Problem damit, diese auch in mehreren öffentlich-rechtlichen Programmen gleichzeitig zu übertragen und umgekehrt die Übertragung der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages mit der Begründung abzulehnen, da sei nichts Überraschendes zu erwarten. Meine Rückfrage, was bei einer Hochzeitsfeier Überraschendes zu erwarten sei, wurde als Frechheit empfunden – und war übrigens auch so gemeint.